

# informationen

## der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt

unterstützen

beraten

intervenieren

## Schwerpunkt: Kommunalwahlen

Liebe LeserInnen,  
liebe FreundInnen

das Ausmaß rechter Aktivitäten und rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt verbleibt auf hohem Niveau. Mehr als 175 rechte Angriffe hat die Mobile Opferberatung im letzten Jahr registriert, damit ist die Zahl politisch rechts und rassistisch motivierter Gewalttaten gegenüber dem Vorjahr nochmals angestiegen. Hinter diesen Zahlen verbergen sich oft einschneidende Erfahrungen für die Betroffenen, von denen die Öffentlichkeit nur in Ausnahmefällen erfährt.

Die Versuche der extremen Rechten, vor Ort eine Hegemonie durchzusetzen, beschränken sich nicht auf Angriffe gegen Andersdenkende und anders Aussehende. In vielen Regionen Sachsens-Anhalts beobachten die Opferberatung und die Arbeitsstelle Rechtsextremismus des Vereins miteinander eine zunehmende Vernetzung der gewaltbereiten neonazistischen Kameradschaftsszene mit der NPD. Dabei sind es die Jungen Nationaldemokraten (JN), bei denen in der Praxis die Fäden zusammen-

laufen. Die bevorstehenden Kommunalwahlen sind der nächste Test für die Kampagnenfähigkeit dieser Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Gruppierungen der extremen Rechten.

Dass extrem rechte Aktivitäten und Gewalttaten eine Bedrohung nicht nur für alle diejenigen darstellen, die nicht ins rechte Weltbild passen, sondern auch für die gesellschaftliche Verfasstheit vor Ort, wird inzwischen zunehmend zur Kenntnis genommen. Diese beginnende Abkehr von der Verharmlosung ist eine Bedingung für wirksame Maßnahmen gegen Rechts. Derzeit sind neue Programme auf Bundes- und Landesebene wie „Lokale Aktionspläne“ oder die „Förderung von Beratungsnetzwerken“ geplant, die u.a. die Vernetzung freier und öffentlicher Träger fördern sollen.

Der vielerorts erkennbare gute Willen geht jedoch nicht zwangsläufig mit einer Stärkung der Opferperspektive einher. Dass ge-

rade die Hauptbetroffenen von rechter und rassistischer Gewalt in Sachsen-Anhalt auch über alltägliches Expertenwissen verfügen, findet oftmals keine angemessene Berücksichtigung. Ein Agieren über die Köpfe der Betroffenen hinweg und die Konzentration auf institutionelle Maßnahmen ist nicht nur unsensibel, sondern lässt wesentliche Akteure und Ressourcen bei dem Versuch, sich der extremen Rechten effektiv entgegenzustellen, außen vor.

Der Anstieg rechter Gewalttaten unterstreicht die Notwendigkeit, den von rechter und rassistischer Gewalt Betroffenen Gehör zu verschaffen und sie in ihren Wünschen und Forderungen zu unterstützen. Auch in diesem Jahr wird sich die Mobile Opferberatung deshalb konkret und vor Ort auf Seiten der Opfer einmischen. Und wir hoffen, dass Sie uns dabei begleiten und unterstützen werden. ■

Mobile Beratung  
für Opfer rechter Gewalt

- Wir unterstützen Opfer nach einem rassistischen, rechtsextremen oder antisemitischen Angriff. Wir sind unabhängig und parteilich.
- Wir beraten kostenlos vor Ort und auf Wunsch anonym: Opfer rechter Gewalt und/oder FreundInnen, Angehörige und ZeugInnen.
- Wir intervenieren, wenn sich Opfer rechter Gewalt alleine gelassen fühlen.

### Halle

Koordination und Projektleitung  
Platanenstr. 9; 06114 Halle  
Tel.: 0345/2 26 71 00 Mobil: 0170/2 92 53  
61, 0170/2 94 84 13 oder 0151/53 31 88 24  
opferberatung.sued@miteinander-ev.de

### Magdeburg

Erich-Weinert-Str. 30; 39104 Magdeburg  
Tel.: 0391/5 44 67 10 Mobil: 0170/2 94 83 52  
opferberatung.mitte@miteinander-ev.de

### Salzwedel

Am Hafen 11a; 29410 Salzwedel  
Tel.: 03901/30 64 31 Mobil: 0170/2 90 41 12  
oder 0175/6 63 87 10  
opferberatung.nord@miteinander-ev.de

## 5. Januar/Magdeburg

Zwei 21 und 26 Jahre alte Studierende aus Israel und dem Jemen werden gegen 15 Uhr beim Einsteigen in die Straßenbahn an der Haltestelle Hasselbachplatz von zwei Männern angepöbelt, geschubst und geschlagen. Drei weitere Männer beteiligen sich an dem Angriff, wobei einer die Betroffenen mit einem Messer bedroht. Als sich die Studenten zur Wehr setzen, verlassen die Angreifer die Bahn. Die herbeigerufene Polizei kann noch vor Ort die Personalien von vier Tatverdächtigen im Alter von 35 bis 46 Jahren aufnehmen. Gegen sie wird wegen des Verdachts der Volksverhetzung, Bedrohung und Körperverletzung ermittelt.

## Auf der Website:

[www.mobile-opferberatung.de](http://www.mobile-opferberatung.de)  
finden sich weitere Angriffe und eine ausführliche Fassung der Chronik.

## Vor Gericht: Magdeburg

# Rassistischer Angriff am 20. April

**Wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Körperverletzung verurteilte das Jugendgericht Magdeburg am 8. Januar eine inzwischen 19-Jährige zu sieben Monaten und einen 24-Jährigen zu neun Monaten Freiheitsstrafe, die in beiden Fällen auf zwei Jahre zur Bewährung ausgesetzt wurde. Am Rande einer neonazistischen Feier zum „Führergeburtstag“ hatten die Angeklagten am 20. April 2006 den 39-jährigen Salomon G. in Magdeburg-Neustadt zuerst mit rassistischen Sprüchen beleidigt und anschließend tätlich angegriffen.**

Der Pädagoge Salomon G. war am 20. April gerade mit seinem 14-jährigen Sohn auf dem Nachhauseweg. Der Mosambikaner lebt seit 17 Jahren in Deutschland; rassistische Beschimpfungen sind für ihn nichts ungewöhnliches und in der Regel reagiert er darauf nicht. Wenige Tage nach dem rassistischen Angriff auf Ermyas M. in Potsdam ist das allerdings anders. Als ihn zwei junge Männer und eine junge Frau an diesem Abend rassistisch beleidigen, fragt er nach, was das soll, und ob es nicht ausreicht, was in Potsdam passiert sei. „Nein“, entgegnet das Trio, „du musst hier weg.“

## „Hitlergruß“ bei der Festnahme

Während sein Sohn schnell nach Hause läuft, beschimpfen die Rechten Salomon G. weiter. Sie drohen ihm, er werde noch „etwas erleben“. In dieser Situation versucht der 39-Jährige, die Polizei über Notruf zu verständigen. Das rechte Trio kehrt daraufhin in den Hinterhof eines Plattenbaus zurück. Dort feiert eine größere Gruppe von Neonazis den so genannten Führergeburtstag. Kurze Zeit später kommt die junge Frau, die sich bei den vorherigen Ereignissen am meisten hervorgetan hat, mit ihrem Freund an die Straßenecke zurück, wo Salomon G. steht. Die inzwischen ebenfalls vor Ort erschienene Ehefrau des Pädagogen und ein Nachbar bemühen sich, die aggressive Situation zu entschärfen. Vergebens: Die junge Frau schimpft ununterbrochen weiter und stachelt ihren Freund an, bis er Salomon G. mit voller Wucht

mit der Faust ins Gesicht schlägt. Danach verschwinden beide Angreifer in Richtung der rechten Party.

Erst nach dem Angriff – rund 20 Minuten nach dem ersten Notruf von Salomon G. – trifft die Polizei vor Ort ein. Kurz darauf können die junge Frau und ihr Freund festgenommen werden, wobei die 19-Jährige provozierend den so genannten Hitlergruß zeigt.

## Rassistisches Tatmotiv

Vor Gericht wiesen die beiden Angeklagten die Tatvorwürfe zurück und versuchten, sich herauszureden. Die Frage, warum sie denn den „Hitlergruß“ gezeigt habe, wenn sie „nicht rechts“ sei, beantwortet die 19-Jährige damit, sie sei wütend auf die Polizei gewesen. Auch Steven R. gibt sich unwissend. Von der neonazistischen Gesinnung der Gruppe, die den „Führergeburtstag“ gefeiert hat, will er nichts gewusst haben. Von der Richterlin auf seinen Pullover angesprochen, den ein in der rechten Szene weitverbreitetes Keltenkreuz ziert, antwortet er, das sei ein Geschenk von seinem Vater, aber er wüsste nicht, was das Kreuz bedeutet.

Die richterliche Befragung lässt keinen Zweifel, dass die 19-Jährige Salomon G. mehrmals rassistisch beleidigt und der 24-Jährige nicht, wie zunächst behauptet, ihm nur „vielleicht und ohne Absicht“ ins Gesicht geschlagen hat. Zwar bemüht sich das Gericht, der rassistischen Tatmotivation der Angeklagten nachzugehen. Es bleibt aber Rechtsanwalt Sebastian Scharmer, dem Nebenklagevertreter, vorbehalten, das Verhalten der Polizei zu kritisieren und darauf hinzuweisen, dass sie bei rechtzeitigem Erscheinen die Körperverletzung hätte verhindern können.

Gleichwohl sind Salomon G. und seine Ehefrau nach dem Urteilspruch erleichtert: Der rassistische Angriff wurde vom Gericht als solcher anerkannt und seine traumatischen Folgen nicht verharmlost. ■

# Immer mehr rechte Gewalttaten

## Opferberatung unterstützte 2006 über 250 Betroffene

**„Deutlich mehr rechtsextreme Gewalt“, so titelte die Magdeburger Volkstimme in ihrer Ausgabe vom 28. Februar. Der Befund ist eindeutig: Das Innenministerium verzeichnete für das Jahr 2006 in Sachsen-Anhalt einen Anstieg politisch rechts motivierter Straftaten um fast zehn Prozent auf 1.240 Delikte. Die Mobile Opferberatung registrierte für das vergangenen Jahr 178 Gewalttaten in Zusammenarbeit mit der Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer Straf- und Gewalttaten in Dessau und nach Abgleich der Zahlen des Landeskriminalamtes für die ersten drei Quartale. 269 Menschen waren von diesen Angriffen direkt betroffen.**

Damit ist die Zahl bekannt gewordener Angriffe mit rechter oder rassistischer Tatmotivation im Vergleich zum Vorjahr erneut gestiegen. Im Jahr 2005 hatte die Mobile Opferberatung 171 Fälle dokumentiert. Seit 2003 haben sich die rechten, rassistischen und antisemitischen Gewaltstraftaten damit mehr als verdoppelt. Es ist allerdings davon auszugehen, dass diese Zahlen nur einen Ausschnitt aus der Realität rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt abbilden. Denn nach wie vor ist von einem hohen Dunkelfeld auszugehen: Aus Angst vor der Rache der Täter oder aufgrund schlechter Vorerfahrungen mit Polizei und Justiz werden viele Angriffe nicht angezeigt. Und nicht alle Betroffenen finden oder suchen den Kontakt zur Mobilen Opferberatung oder zu anderen Beratungsstellen.

### Unterstützen – Beraten – Intervenieren

Dass die Entwicklung in Sachsen-Anhalt kein Einzelfall ist, zeigen die Zahlen der Opferberatungsprojekte in den fünf neuen Bundesländern und Berlin. Sie registrierten im Jahr 2006 insgesamt 820 rechte Angriffe. Im Jahr 2005 waren es noch 694. Die meisten dieser Gewalttaten in 2006 ereigneten sich in Sachsen (208), gefolgt von Sachsen-Anhalt.

Das Team der Mobilen Opferberatung unterstützte im Jahr 2006 258 Menschen mit bedarfsgerechten Hilfsangeboten. 210-mal wurden direkt und indirekt Betroffene psy-

chosozial beraten. Der überwiegende Teil der direkt von einer rechten Gewalttat Betroffenen, nämlich mehr als 70 Prozent, wurden in Folge von Körperverletzungsdelikten beraten und unterstützt. In 91 Gerichtsverhandlungen stand das Team den Betroffenen zur Seite.

Nach wie vor gehören insbesondere nicht-rechte und alternative Jugendliche und junge Erwachsene sowie Flüchtlinge und MigrantInnen zu den Hauptbetroffenen rechter Gewalt. So richteten sich 51 Prozent aller registrierten Angriffe gegen Nicht-Rechte, 37 Prozent waren rassistisch motiviert.

### Kein Anlass zur Entwarnung

Wie bisher gehören die Harzregion und die Landeshauptstadt Magdeburg zu den Schwerpunktgebieten rechter Gewalt. Im vergangenen Jahr hat sich die Situation darüberhinaus in den Städten Quedlinburg und Köthen dramatisch verschlechtert. Im Landkreis Quedlinburg wurden mit 25 Angriffen die meisten Gewalttaten auf Landesebene verübt, davon allein in der Stadt Quedlinburg 23. Dort attackierten Rechte aus dem Umfeld der „Freien Kameradschaften“ vor allem alternative, nicht-rechte Jugendliche. In Köthen, hier wurden 14 Angriffe gezählt (im gesamten Landkreis 16), wurden vermehrt ausländische Studierende Opfer von rechter Gewalt.

Auffällig ist, dass Angriffe auf MigrantInnen und Asylsuchende überwiegend in alltäglichen Situationen und an alltäglichen Orten stattfinden, beispielsweise an Haltestellen, Bahnhöfen oder in öffentlichen Nahverkehrsmitteln. Die Täter handeln zumeist spontan und in Gruppen – sie agieren offen, selbstbewusst und fühlen sich offensichtlich legitimiert, ihre Fremdenfeindlichkeit mit Gewalt zum Ausdruck zu bringen. Im Gegensatz dazu gehen rechten Angriffen auf alternative oder als links geltende Jugendliche und junge Erwachsene oftmals Planungen der Täter voraus: Ein deutliches Indiz für den zunehmenden Organisationsgrad neonazistischer Gruppen und einem Anstieg des Selbstbewusstseins der extremen Rechten und ihres politisierten Umfelds. ■

## 6. Januar/Sangerhausen

Am frühen Morgen verübt eine Gruppe Neonazis mit drei Molotow-Cocktails einen Brandanschlag auf eine Asylbewerberunterkunft. Ein Flüchtling aus Burkina Faso kann sich nur durch einen Sprung aus dem Fenster retten. Die herbeigerufene Feuerwehr löscht den Brand. Noch am Abend wird gegen zwei wegen Körperverletzung und rechter Propagandadelikte polizeibekannt 25- und 26-jährige Tatverdächtige Haftbefehl wegen versuchten Mordes und schwerer Brandstiftung erlassen. Laut Ermittlungsbehörden kamen die beiden von einer Feier bei dem überregional bekannten Neonazi Enrico Marx im nahe gelegenen Sotterhausen. Bereits im November und Dezember letzten Jahres hatten Unbekannte mehrere Scheiben der Unterkunft eingeworfen.

## 9. Januar/Kalbe/Milde

(Altmarkkreis Salzwedel) Am frühen Abend wird ein 19-jähriger Punk auf einen PKW aufmerksam, der ihn mehrmals überholt. Schließlich stoppt das Fahrzeug und vier Rechte steigen aus. Der 19-Jährige wird mehrmals mit der flachen Hand ins Gesicht geschlagen. Dann schlagen mehrere Angreifer mit einem stumpfen Gegenstand auf ihr Opfer ein. Sie lassen erst von ihm ab, als einige Freunde des Punks hinzukommen.

## 19. Januar/Roßlau

In der Nähe des Schillerplatzes werden gegen 23.15 Uhr fünf alternative Jugendliche im Alter zwischen 17 und 19 Jahren von acht Rechten attackiert; u.a. treten mehrere Angreifer auf einen am Boden liegenden 19-Jährigen ein. Schließlich fliehen die Angreifer. Später kommen zwei der Rechten zurück und skandieren „Sieg Heil“. Die Jugendlichen erleiden u.a. Blutergüsse, Schürfwunden, Prellungen und Hämatome im Gesichtsbereich. Die Polizei ermittelt wegen Körperverletzung und Verwendung verfassungswidriger Kennzeichen.

## 20. Januar/Dessau

Kurz vor Mitternacht werden zwei alternative Jugendliche beim Verlassen einer Gaststätte von etwa zehn Rechten attackiert. Ein Betroffener wird zu Boden gerissen und ins Gesicht getreten, der andere geschlagen. Als die Jugendlichen in ihr Fahrzeug flüchten wollen, werden sie von den Angreifern verfolgt. Während einige der Rechten versuchen, die Betroffenen aus dem Wagen zu zerren, treten andere auf das Auto ein. Einer der Jugendlichen erleidet eine offene Platzwunde über dem Auge, der andere Hämatome im Gesichtsbereich. Die Betroffenen erstatten Anzeige.

# Wahlen als Mittel zum Zweck

## Die extreme Rechte und die Kommunalwahlen – ein Interview mit Torsten Hahnel

**Am 22. April finden in den neu gestalteten Kreisen Wahlen zu den Gebietskörperschaften statt. Die NPD tritt in neun Kreisen an. Über Veränderungen innerhalb der NPD und ihre Erfolgsaussichten sprachen wir mit Torsten Hahnel, lange Zeit Referent bei der Arbeitsstelle Rechtsextremismus des Vereins Miteinander und seit Anfang des Jahres Mitarbeiter der Mobilien Opferberatung.**

**Zu den Kreistagswahlen sind 18 Parteien zugelassen – darunter Republikaner, DVU und NPD. Bei der Landtagswahl im vergangenen Jahr hatte die NPD noch zugunsten der DVU auf eine eigene Kandidatur verzichtet. Warum ist dies bei diesen Wahlen nicht der Fall?**

Formal hatte die NPD im letzten Jahr auf eine Kandidatur bei der Landtagswahl verzichtet, das stimmt. Allerdings kandidierten auf der 16-köpfigen DVU-Landesliste drei NPD-Mitglieder, und NPD-Landeschef Andreas Karl gehörte zu den im Wahlkampf sehr präsenten Kandidaten. Zudem wurde in sämtlichen Veröffentlichungen auf die Zusammenarbeit mit der NPD hingewiesen. Hintergrund ist die Absprache zwischen NPD und DVU, der so genannte Deutschlandpakt, die eine Konkurrenz kandidatur bei Landtags-, Bundestags- und Europawahlen bis ins Jahr 2009 ausschließen soll. Bei Kommunalwahlen greift diese Absprache nicht. Deshalb tritt die NPD an.

Wichtiger ist aber, dass sich die NPD in Sachsen-Anhalt in den letzten Monaten deutlich verändert hat. Durch die gestiegenen Aktivitäten ihrer Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) hat sie eine viel breitere Aktivistenbasis und tritt mit einem höheren Selbstbewusstsein auf. Die DVU verfügt über keinerlei aktive Basis. Sie hat zwar mit dem Dessauer Rechtsanwalt Ingmar Knop einen vorzeigbaren Frontmann, dafür aber keinen personellen Unterbau. Die DVU tritt deshalb auch nur zur Stadtratswahl in Dessau an. Auch die Republikaner spielen kaum noch eine Rolle, sie bringen es auf ganze drei Kandidaten für den neuen Salzlandkreis.

**Bislang ist die NPD mit zwei Mitgliedern im Kreistag des Burgenlandkreises vertreten, außerdem verfügt sie über je einen Sitz in den Stadträten von Quedlinburg, Laucha und Halle. Ist damit zu rechnen, dass sie nach dem Wahlgang am 22. April mehr Vertreter in die Kreistage schicken kann?**

Das ist in der Tat zu befürchten! Gerade auf kommunaler Ebene versucht die NPD, sich als Vertreterin der Interessen der „einfachen Leute“ zu verkaufen. Viele Wähler haben kein Interesse an der Bundespolitik. Für sie ist eher entscheidend, wer sich z.B. für die kommunale Abwasserentsorgung oder verkehrsberuhigte Ortskerne einsetzt. Zwar hat die NPD auf solche Fragen keine schlüssigen Antworten – und schon gar keine fachliche Kompetenz. Gleichwohl fällt es ihr mit ihren populistischen Lösungsvorschlägen momentan leicht, Zuspruch zu gewinnen.

Ich möchte aber noch auf einen weiteren Aspekt hinweisen: Dem Einzug der NPD in die Landtage in Dresden 2004 und Schwerin 2006 ging jeweils eine kommunalpolitische Verankerung voraus. In Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern hatten seit Jahren rechte Kader an Wahlen zu allen möglichen Kommunal- und Regionalparlamenten teilgenommen – mit zunehmenden Erfolg. Die NPD sieht die Arbeit in den Kommunalparlamenten als Schulung für ihre Funktionäre. Wenn man sich das eigentliche Ziel der NPD, die Abschaffung der Demokratie, vor Augen hält, ist klar, dass die Teilnahme an Wahlen zu aller erst Mittel zum Zweck ist: Die NPD will perspektivisch in weitere Landesparlamente und in den Bundestag, dazu braucht sie geschultes Personal.

**Konzentriert sich die NPD bei der Wahl auf bestimmte Regionen?**

Die Wahlen am 22. April sind ja eine Folge der Gebietsreform, durch die sich die Zahl der Kreise ab Juli von 21 auf elf verringert. Die NPD tritt mit insgesamt 114 Kandidaten – darunter 25, die jünger als 26 Jahre alt sind – in sieben der neun neuen Kreise an. Regionale Schwerpunkte sind sicherlich der Burgenlandkreis, in dem die NPD alleine 55

Kandidaten zur Wahl stellt, und der neu gebildete Harzkreis. Aber nicht nur hier werden Plakatieraktionen und Infostände durchgeführt. Öffentlichkeitswirksame Aktionen finden in allen Wahlkreisen statt. Die NPD in Sachsen-Anhalt ist finanziell zwar nicht in der Lage, eine Materialschlacht zu liefern, wie wir das im letzten Jahr von der DVU erlebt haben. Sie kann das aber durch das Engagement ihrer Kandidaten ausgleichen.

**Wie sieht die Zusammenarbeit mit den freien Kameradschaften aus? Gibt es auch in Sachsen-Anhalt Tendenzen wie in anderen Bundesländern, dass Kameradschaftsaktivisten unter das Dach der NPD-Jugendorganisation JN schlüpfen?**

Diese Tendenzen sind in Sachsen-Anhalt sogar besonders deutlich. Vor ca. zwei Jahren wurde von Aktivisten des in Abgrenzung zur NPD entstandenen Netzes so genannter Freier Nationalisten die JN in Sachsen-Anhalt neu gegründet. Heute dominieren in den mittlerweile sieben „JN-Stützpunkten“ eindeutig diese Kameradschaftsaktivisten.

**Können Sie einige Beispiele nennen?**

Enrico Marx, „JN-Stützpunktleiter“ in Sangerhausen, ist RechtsRock-Produzent und betreibt einen Internetversand. Aus den Reihen der JN Halle wird der „Mitteldeutsche Musikversand“ betrieben. Das Umfeld der JN Staßfurt zeichnet für den Internethandel Hyperborex verantwortlich und in den Räumen des so genannten JN-Zentrums Bernburg befindet sich der Szeneladen „Nordic Flame“. Viele dieser rechten Aktivisten, die sich noch vor wenigen Monaten unter der Bezeichnung „Nationale Sozialisten“ vernetzten, stehen nun auf den Wahllisten der NPD.

**Angriffe von Neonazis auf nicht-rechte Jugendliche, Punks und Ausländer sind nicht neu. Am 13. Dezember stürzten Neonazis ein Konzert in der Magdeburger Staatskanzlei, am 16. Januar belagerten sie das Wohnhaus des Magdeburger Oberbürgermeisters Lutz Trümper, seit mehreren Monaten ist der Vorsitzende des Bürgerbündnis Wernigerode, Peter Lehmann, Zielscheibe neonazistischer**

**Schmähungen und Einschüchterungsversuche. Sind das Zeichen für eine Radikalisierung und Ausdruck eines gewachsenen Selbstbewusstseins der rechten Szene in Sachsen-Anhalt?**

Die genannten Beispiele beziehen sich ja auf unterschiedliche Strategien, die aber nicht getrennt voneinander betrachtet werden können. Die rechten Gewalttaten sind auch im letzten Jahr wieder angestiegen. Die Gefahr von rechten Tätern angegriffen zu werden, besteht im ganzen Land. Trotzdem gibt es Schwerpunktregionen, in denen rechte Täter besonders häufig zuschlagen. Dafür gibt es sicher viele Gründe. Wir beobachten, dass in den Regionen, in denen rechte Organisationsbemühungen besonders weit fortgeschritten sind, auch rechte Gewalttaten und sonstige rechte Straftaten besonders oft vorkommen. In diesem Umfeld entsteht eine Stimmung, in der „rechts sein“ als normal angesehen wird. Deshalb könnten auch Erfolge bei der anstehenden Wahl zu einer weiteren Verschärfung der Situation, besonders für die potenziellen Opfer rechter Gewalt, führen.

Die öffentlichkeitswirksamen Aktionen der Rechten, die im vergangenen Jahr massiv zugenommen haben, zeigen die andere Seite des Problems. Natürlich geht es um Selbstdarstellung, aber genauso wichtig ist die Provokation und Drohung gegen politische Gegner. Wie selbstbewusst organisierte Rechtsextreme dabei vorgehen, zeigen die genannten Beispiele. Die Rechten halten nicht nur zivilgesellschaftliche Akteure, sondern auch die Landesregierung selbst für so schwach, dass sie diese und deren Repräsentanten mit derartigen Aktionen versuchen vorzuführen.

**Was kann man der NPD in dieser Situation entgegensetzen?**

Man muss die Herausforderung ernst nehmen und sich offensiv mit den Inhalten, Programmen und Strategien der extremen Rechten auseinandersetzen. Die NPD versucht immer dreister, soziale Themen zu besetzen. Dabei basieren ihre vermeintlichen Lösungsvorschläge immer auf einem rassistischen, völkischen Weltbild. Die NPD versucht, sich öffentlich vom Bild der unverbesserlichen, alten Nazis zu distanzieren. Bei genauerer Betrachtung wird aber schnell deutlich, dass sie eine undemokratische Partei ist, die programmatisch und personell für die Abschaffung der Demokratie und die Errichtung einer Diktatur nach NS-Vorbild steht. ■

**20. Januar/Roßlau**

Wenige Stunden nach einem Angriff auf fünf Jugendliche werden gegen 2 Uhr auf dem Nachhauseweg zwei alternative junge Männer (17 und 28) von Rechten angegriffen. Während die Rechten auf ihre Opfer einschlagen, brüsten sie sich mit einer anderen Gewalttat, an der sie ebenfalls beteiligt gewesen sein wollen.

**21. Januar/Bitterfeld**

Gegen 6 Uhr werden drei Personen in der Bahnhofsvorhalle von drei augenscheinlich Rechten angegriffen. Die Betroffenen hatten zuvor ein Konzert besucht.

Nach Beleidigungen schlagen und treten die Angreifer auf ihre Opfer ein. Bevor die Polizei eintrifft, flüchten die Angreifer. Der Staatsschutz ermittelt.

**5. Februar/Bitterfeld**

Gegen 23.30 Uhr wird ein 18-jähriger Punk am Bahnhof von zwei Rechten angegriffen. Mehrere Passanten kommen dem 18-Jährigen zu Hilfe und alarmieren die Polizei. Der Betroffene wird im Gesicht verletzt und muss ambulant behandelt werden.

Die beiden 24 und 26 Jahre alten Tatverdächtigen, die vermutlich aus der rechten Szene stammen, werden vorübergehend festgenommen. Der Staatsschutz ermittelt wegen gefährlicher Körperverletzung.

## 11. Februar/ Haldensleben

Nach Mitternacht bedroht eine Gruppe Rechter im Ortsteil Althaldensleben (umgangssprachlich „Olln“) Partygäste, die Anti-Nazi-Kleidung tragen, und fordern sie auf, die Kleidungsstücke auszuziehen. Zwei nicht-rechte Jugendliche werden ins Gesicht geschlagen. Auf dem Nachhauseweg werden sieben nicht-rechte Jugendliche erneut attackiert, wobei die Angreifer rechte Parolen wie „Olln ist arische Zone“ rufen. Erst das Eintreffen der von den Betroffenen benachrichtigten Polizei beendet den Angriff. Es wird Anzeige wegen Körperverletzung und Hausfriedensbruchs erstattet.

## 24. Februar/Magdeburg

Auf ihrer Rückreise von einer Demonstration in Hildesheim treffen ca. 30 Neonazis während eines Zwischenaufenthalts auf dem Hauptbahnhof gegen 19.15 Uhr auf eine Gruppe von etwa zehn Linken. Nach Flaschenwürfen flüchten die Alternativen in ein nahe gelegenes Einkaufszentrum. Hier stößt ein Rechter einen 15-jährigen Jugendlichen und versucht, ihn zu schlagen. Der Betroffene erstattete Anzeige wegen Körperverletzung.

## Vor Ort:

# Braune Burschen und Narzissen

## Die Schülerzeitung „Die blaue Narzisse“

**In den letzten Jahren gab es zahlreiche Versuche der extremen Rechten, mit Hilfe von Schülerzeitungen Einfluss auf Jugendliche zu nehmen. Mit der „Blauen Narzisse“ gibt es auch in Sachsen-Anhalt ein solches Projekt. Wir dokumentieren an dieser Stelle einen Text aus der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift „Der Rechte Rand“, den wir leicht gekürzt wiedergeben.**

Auf insgesamt sieben Ausgaben hat es die Schülerzeitung „Blaue Narzisse“ zwischen September 2004 und Juni 2006 gebracht. Im März 2006 startete dann die Internetpräsenz zum Heft. Bei oberflächlicher Betrachtung scheinen die Hauptthemen unverfänglich, die Redaktion gibt sich nach außen offen, kreativ und freigeistig. Die Artikel sind mehr oder weniger fundierte Schüleraufsätze zu geschichtlichen und gesellschaftlichen Themen, jugendtypischen Problemen und Schul-AGs, manchmal auch nur banale Alltagsüberlegungen und Weltschmerz, ergänzt durch romantische Bilder, Gedichte und verschiedene Rezensionen. Bei näherer Betrachtung haben jedoch besonders die Artikel einiger StammautorInnen eine deutschkonservative und rechtslastige Tendenz.

### Jugendarbeit nach dem Führerprinzip

Dass diese Untertöne kein Zufall sind, beweist ein Blick in den Redaktionskreis. Initiiert wurde die „Blaue Narzisse“ von Felix Menzel und Benjamin Jahn Zschocke. Sie und weitere StammautorInnen sind Mitglieder der 2002 in Chemnitz gegründeten „pennalen Burschenschaft (pB!) Theodor Körner“, die den Leitspruch pflegt: „Deutsch und frei! Kühn und treu!“ Die pB! ist zusammen mit ihrem Dachverband, dem „Allgemeinen Pennäler-ring“ (APR), dem extrem rechten Verbindungsspektrum zuzurechnen. Im November 2005 druckte der APR als angebliche Sonderausgabe der „Blauen Narzisse“ das „Geleitheft der konservativen Jugend“, das von Menzel, Zschocke und weiteren Burschenschaftlern

erstellt wurde. Dieses Heft, das laut Impressum vornehmlich internen Bildungszwecken dient, befasst sich laut Zschocke angeblich mit „alternativer Jugendarbeit“.

Wie frei, offen oder unpolitisch das Milieu der „Blaue Narzisse“-Pennäler wirklich ist, zeigt sich auf den etwa 40 Seiten dieser Veröffentlichung, in der die AutorInnen jede politische und strategische Zurückhaltung fallen lassen. Die Verfasser sehen sich selbst in der Rolle von Führern der deutschen Jugend. Das Heft strotzt vor Agitationswahn, um vermeintliche Werte wie Strebsamkeit, Ordnung, Ehrlichkeit, Kameradschaft und Disziplin zu vermitteln – in den Augen der Autoren offenbar zeitlos gültige, absolute und unanfechtbar verbindliche Werte, um „dem Ganzen, dem deutschen Volk, bestmöglich (zu) dienen“ und „das Leben unseres Volkes (zu) heilen“. Dabei soll das als „konservative Jugendarbeit“ bezeichnete Engagement streng nach dem Führerprinzip organisiert sein.

### Verbindungen zur Straßfurter JN

Anfang 2006 gründete sich die „pB! Germania zu Staßfurt“ mit dem Gymnasiasten Torsten Görke als Ansprechpartner. Verantwortlicher für die im Mai 2006 erst- und voraussichtlich letztmalig erschienene Staßfurter Printausgabe der „Blauen Narzisse“ ist Thomas Bartsch, der ebenfalls bei der pB! aktiv ist. Beide sind zudem führende Aktivisten des im Mai 2006 gegründeten JN-Stützpunktes Staßfurt.

Inzwischen erscheint die „Blaue Narzisse“ als ausschließliches Onlinemagazin. Aufgrund ihrer Verankerung in der rechten Szene ist es als Teil einer Jugendarbeit zu verstehen, die mit vermeintlich freigeistig-kultureller und vordergründig unpolitischer Attitüde versucht, rechtskonservative und völkische Werte an Jugendliche zu vermitteln und sie für extrem rechte Gruppierungen zu gewinnen. ■

# „Eine gemeinschaftlich geplante und vorbereitete Aktion“

## Interview mit Thomas Weber zum Prozess

**Im Fall der Verbrennung des Anne-Frank-Tagebuchs in Pretzien im Sommer vergangenen Jahres sind fünf der sieben Angeklagten zu jeweils neun Monaten Bewährungsstrafe verurteilt worden. Über den Prozess sprachen wir mit Thomas Weber, freier Mitarbeiter der Arbeitsstelle Rechts-extremismus des Vereins Miteinander.**

**Sie haben als Prozessbeobachter fast den gesamten Prozessverlauf verfolgt. Ist es aus Ihrer Sicht überhaupt möglich, eine Bücherverbrennung juristisch angemessen aufzuarbeiten?**

Bei der öffentlichen Verbrennung des Anne-Frank-Tagebuchs, das symbolisch für das Leid von Millionen ermordeter Jüdinnen und Juden steht, handelte es sich um eine klare Grenzüberschreitung – sowohl was gesellschaftliche Werte betrifft als auch in strafrechtlicher Hinsicht. Ich kann nur hoffen, dass die Verurteilung bei den Angeklagten Wirkung zeigt. Bis heute haben sie sich noch nicht öffentlich für die Tat entschuldigt.

**Es gab öffentlich Kritik an der Höhe der Strafen und der Tatsache, dass die Strafen zur Bewährung ausgesetzt wurden. Berechtigt?**

Nein. Aus meiner Sicht kann man mit dem Strafmaß zufrieden sein. Das Gericht befand fünf der sieben Angeklagten der Volksverhetzung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener für schuldig und verurteilte sie zu je neun Monaten auf drei Jahre Bewährung. Die anderen zwei Männer wurden aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Damit folgte das Gericht im Wesentlichen der Staatsanwaltschaft – die Verteidiger hatten für ihre Mandanten Freispruch gefordert.

Was aber viel wichtiger ist: Das Gericht hat durch die Verhängung des gleichen Strafmaßes für fünf Angeklagte deutlich gemacht, dass nach seiner Ansicht die Verbrennung der US-Flagge wie auch des Tagebuchs eine gemeinschaftlich geplante und vorbereitete Aktion war. Die Sonnenwendfeier mit den mystischen Beschwörungen von „deutschem Blut und deutschem Boden“ sowie der Aufforderung eines der Angeklagten „etwas

Artfremdes dem Feuer zu übergeben“ waren Teil dieser Inszenierung.

**Wie haben sich die Angeklagten vor Gericht verhalten?**

Die beiden Männer, die das Tagebuch sowie die US-Flagge in die Flammen warfen, gaben im Verlauf des Prozesses ihre Taten zu. Allerdings versuchten sie, die Reaktionen der bei der Sonnenwendfeier anwesenden Gäste wie auch der empörten Öffentlichkeit als „bedauerliches Missverständnis“ darzustellen. Lars K. verstieg sich dabei zu der Behauptung, mittels eines „Opferfeuers“ habe er sich vom „dunklen Kapitel deutscher Geschichte“ befreien wollen. Darüber hinaus behaupteten alle Angeklagten, der Entschluss zur Flaggen- und Bücherverbrennung sei spontan und individuell getroffen worden.

**Was konnte man im Prozessverlauf über die Einbindung der Angeklagten in rechtsextreme Strukturen erfahren?**

In der Beweisaufnahme wurde deutlich, dass die Angeklagten alles andere als „neutral, vielleicht ein bisschen rechts angehaucht“ sind, wie Lars K. zur Prozessöffnung sich und die anderen Männer politisch einordnete. Bei Hausdurchsuchungen wurden bei einem Teil der Angeklagten T-Shirts mit rechter Symbolik, einschlägige Bücher sowie diverse RechtsRock-CDs sichergestellt. Darüber hinaus waren einige Männer Mitglied der NPĐ. Ein Protokoll aus den Anfangstagen des „Heimatbund Ostelbien“ lässt vermuten, dass die Ziele der aufgelösten neonazistischen Kameradschaft „Ostelbien-Pretzien“ in neuem Gewand dort weiterverfolgt werden sollten.

**Wie kann eine nachhaltige Auseinandersetzung mit den Ereignissen in Pretzien aussehen?**

Die rechtsextremen und antisemitischen Einstellungen der Täter und ihres Umfelds können und dürfen in solch einer Gemeinde nicht ignoriert werden. Während des Prozesses wurden kritische Stimmen hinsichtlich des „Heimatbund Ostelbien“, aber auch des Umgangs mit den Männern laut. Ich wünsche mir, dass die inhaltliche Auseinandersetzung vor Ort offensiv geführt wird. ■

## 9. März/Magdeburg

Gegen 18 Uhr schlägt ein alkoholisiert 41-Jähriger einen irakischen Jugendlichen (17) in einem Imbiss mit dem Ellenbogen ins Gesicht und zerreißt sein Sweatshirt. Dann verfolgt der Angreifer den Betroffenen und seinen Begleiter, einen 15-jährigen türkischen Jungen, mit einem PKW. Kurz darauf stellt die Polizei den Mann und nimmt ihn kurzzeitig in Gewahrsam. Es wird u.a. wegen Verdachts der Volksverhetzung und Körperverletzung ermittelt.

## 13. März/Magdeburg

In der Straßenbahnlinie 6 wird ein 33-jähriger Kameruner gegen 20.50 Uhr von zwei Männern u.a. als „Nigger“ beschimpft. Als der Betroffene am Hasselbachplatz aussteigt, folgen ihm die Männer. Schließlich schlägt einer von ihnen dem 33-Jährigen mit der Faust ins Gesicht. Die Polizei kann noch vor Ort zwei polizeibekannt 28- und 47-Jährige vorläufig festnehmen. Sie ermittelt in der Folge wegen Verdachts der Volksverhetzung, Beleidigung und Körperverletzung. In einem beschleunigten Verfahren wird der 47-jährige Frank T. drei Tage später zu einer Freiheitsstrafe von neun Monaten verurteilt.

# Veränderungen bei der Opferberatung

Einerseits konnte die Mobile Opferberatung zu Jahresbeginn vier neue MitarbeiterInnen begrüßen. Und andererseits gab es auch einige organisatorische Veränderungen. So wurde das Büro in Halberstadt aufgelöst. Im Gegenzug haben wir unsere Präsenz in Halle ausgebaut und die Koordination des Projekts von Magdeburg dorthin verlagert. Zusammen mit der Arbeitsstelle Rechtsextremismus des Vereins Miteinander teilen wir uns jetzt dort größere Büroräume. In der Saalestadt sind wir in der Platanenstraße 9 zu finden.

Auch sind nun die einzelnen Regionalbüros unter einheitlichen Mail-Adressen zu erreichen: Das Büro in Magdeburg unter der Adresse

*opferberatung.mitte@miteinander-ev.de*,

die Beratungsstelle in Salzwedel unter

*opferberatung.nord@miteinander-ev.de*

und das Hallenser Büro unter

*opferberatung.sued@miteinander-ev.de*.

Ebenso verändert haben sich zum Teil unsere Telefonnummern. Die neuen Anschlüsse finden sich auf der ersten Seite dieses Ausgabe der „informationen“ oder im Internet unter

[www.mobile-opferberatung.de](http://www.mobile-opferberatung.de)

# Neue Broschüre zum Umgang mit Neonazis

Neonazistische Gruppen in Sachsen-Anhalt sind in den zurückliegenden Monaten zunehmend dazu übergegangen, Veranstaltungen zu den verschiedensten Themen zu besuchen und sich dort zu Wort zu melden. Ihr Ziel ist es, die gesellschaftliche Ächtung extrem rechter Positionen zu umgehen und sich als scheinbar legitimer Partner in demokratischen Entscheidungsfindungsprozessen und bei Diskussionen darzustellen. Diese so genannte Strategie der Wortergreifung ergänzt das bisher bekannte Aktionsspektrum der extremen Rechten.

Eine von der Arbeitsstelle Rechtsextremismus des Vereins Miteinander herausgegebene Broschüre will vor diesem Hintergrund über die Strategie der öffentlichen Auftritte von Neonazis informieren. Anhand ausgewählter programmatischer Inhalte der NPD und der so genannten Freien Kameradschaften wird gezeigt, dass organisierte Neonazis kein Dialogpartner demokratischer Institutionen, Vereine und Parteien sein können. Es gilt, sich mit den Inhalten rechtsextremer Politikangebote auseinanderzusetzen, ohne sich von ihren AkteurInnen die Form diktieren zu lassen. Weltanschaulich gefestigte Neonazis sind Argumenten nicht zugänglich; sie wollen vielmehr Aufmerksamkeit erregen, politisch Andersdenkende durch ihre Präsenz einschüchtern und sich gegenüber ihrer eigenen Klientel in Szene setzen.

Schließlich gibt die Broschüre konkrete Handlungsanleitungen zur Vorbereitung und Durchführung einer Veranstaltung, die von Neonazis zum Zwecke der Selbstdarstellung missbraucht werden könnte. Die Publikation wendet sich an KommunalpolitikerInnen, SozialarbeiterInnen, engagierte Einzelpersonen und Behörden.

Die Broschüre kann über Miteinander e.V. bezogen werden:

Miteinander e.V.  
Erich-Weinert-Str. 30  
39104 Magdeburg  
Tel.: 0391/62 07 73  
[net.gs@miteinander-ev.de](mailto:net.gs@miteinander-ev.de)

Miteinander e.V.  
Erich-Weinert-Str. 30  
39104 Magdeburg  
Tel.: 0391/62 07 73  
[net.gs@miteinander-ev.de](mailto:net.gs@miteinander-ev.de)

## Über diesen Newsletter:

Die „informationen der Mobilien Beratung für Opfer rechter Gewalt“ erscheinen fünf Mal im Jahr und werden kostenlos verschickt. Die „informationen“ können auch per E-mail bezogen werden. Wenn Ihr/Sie die „informationen“ bislang nicht direkt zugeschickt bekommen habt oder weitere Exemplare erhalten möchtet, bitte eine Rückmeldung geben an die unten genannte Adresse. Wir nehmen Euch/Sie dann in den Verteiler auf.

Mobile Opferberatung  
Platanenstraße 9  
06114 Halle

[opferberatung.sued@miteinander-ev.de](mailto:opferberatung.sued@miteinander-ev.de)

Tel.: 0345/2 26 71 00

Fax: 0345/2 26 71 01

## Über Geld und Spenden:

Spenden sind jederzeit willkommen. Sie werden ausschließlich für die direkte Projektarbeit eingesetzt. Wünsche der SpenderInnen über die Mittelverwendung werden selbstverständlich befolgt. SpenderInnen werden regelmäßig über die Arbeit des Mobilien Opferberatung informiert, u.a. durch einen Jahresbericht und Materialneuerscheinungen.

Die Mobile Opferberatung ist ein Projekt des gemeinnützigen Vereins Miteinander e.V.; Spenden sind daher steuerlich absetzbar. Auf Wunsch erhalten Sie eine Spendenbescheinigung zugeschickt.

Bank für Sozialwirtschaft AG

Konto-Nr.: 8473400, BLZ: 810 205 00

Kontoinhaber: Miteinander e.V.

Verwendungszweck: Mobile Opferberatung (bitte angeben)

## Impressum

### Herausgeber:

Mobile Beratung für  
Opfer rechter Gewalt

Projektleitung und Koordination  
Platanenstraße 9  
06114 Halle

Telefon: 0345/2 26 71 00

Fax: 0345/2 26 71 01

[opferberatung.sued@miteinander-ev.de](mailto:opferberatung.sued@miteinander-ev.de)

[www.mobile-opferberatung.de](http://www.mobile-opferberatung.de)

### Redaktion:

Torsten Hahnel (V.i.S.d.P.),  
Martin Beck

**Gestaltung:** [www.flmh.de](http://www.flmh.de)

getragen von:



gefördert von:

